



N i e d e r s c h r i f t

über die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses

-öffentlicher Teil-

Sitzungstermin:	Montag, 07.04.2008
Sitzungsbeginn:	17:00 Uhr
Sitzungsende:	19:15 Uhr
Ort, Raum:	Schule im Innerstetal, Lichtenberger Straße 4, 38271 Baddeckenstedt

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Oberländer, Peter

Stimmberechtigte Mitglieder

Aust, Karl Otto	Kreistagsabgeordneter
Brücher, Bertold	Kreistagsabgeordneter
Dassel, Alexander	Vertreter der Verbände der Kinder- und Jugendhilfe
Dinter, Ilona	Vertreterin für KAbg. Großer
Großer, Elke	Kreistagsabgeordnete
Sankowski, Holger	Vertreter der anerkannten Träger der freien Jugendhilfe
Siebert, Britta	Kreistagsabgeordnete
Vree, Friedhelm	Vertreter für KAbg. Brandes

Beratende Mitglieder

Hass, Anne-Katrin	Vertreterin der Lehrerschaft
Henning, Clarissa	Erzieherin einer Kindertagesstätte
Klinge, Ute	Vertreterin der evangelischen Kirche
Kniep, Monika	Jugendbeauftragte der Kriminalpolizei
Piltz, Andreas	Vertreter der katholischen Kirche

Von der Verwaltung

Klooth, Kathrin	Dezernentin
-----------------	-------------

Herder, Waldemar
Alpert, Frank

Abteilungsleiter 513 -
Jugend- und Erziehungshilfe
Gleichstellungsbeauftragte
Jugendhilfeplaner
Protokollführer

Löb, Susanne
Gottschild, Hartmut
Mrotzek, Bernd

Es fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Brandes, Katrin
Hagedorn, Ulrich

Kreistagsabgeordnete
Vertreter der anerkannten
Träger der freien Jugendhilfe
Verteterin der
Jugendverbände
Vertreter/-in der
Jugendverbände

Lange-Geck, Britta

Watermann, Tim

Beratende Mitglieder

Benli, Ekrem

Interessenvertreter
ausländischer Kinder und
Jugendlicher
Kreisjugendpfleger

Ziebarth, Carsten

Von der Verwaltung

Walter, Sabine

Abteilungsleiterin 510 -
Unterhalt
Abteilungsleiterin 512 -
Wirtschaftl. Leistungen

Weitzen, Petra

Heltzel, Stefan
Röttger, Roger

Protokollführer

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
3. Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.01.2008
4. Anfragen
 - 4.1. Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)
 - 4.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)
5. Information über Angebote der Kindertagesbetreuung in der Samtgemeinde Baddeckenstedt.

Bericht: Herr Range, Samtgemeindebürgermeister.

6. Abschlussbericht zum Projekt Kostenreduzierung und Qualitätsverbesserung in der Abteilung 513.
Vorlage: XVI-323/2008
7. Ausbaustufenplan für Kindertageseinrichtungen im Landkreis Wolfenbüttel - Bericht über den Umsetzungsstand im Kindergartenjahr 2007/2008.
Bezug zur Drucksache XV-769 vom 31.01.2006
-Ausbaustufenplan für Kindertageseinrichtungen im Landkreis Wolfenbüttel-
Vorlage: XVI-324/2008
8. IV. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2007 mit Stand 31.12.2007
Vorlage: XVI-312/2008
9. Bericht über die Situation und den Aufgabenbereich der Hilfeart Clearing/Krisenintervention gemäß § 27 Sozialgesetzbuch VIII
Bericht Herr Frank Alpert, Abteilungsleiter
10. Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Oberländer, eröffnet um 17:05 Uhr die 9. Sitzung des Jugendhilfeausschusses des XVI. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die 8. Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 14.01.2008

Der Ausschussvorsitzende stellt die Niederschrift der 8. Sitzung vom 14.01.2008 zur Aussprache. Wortmeldungen gibt es keine.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig mit drei Enthaltungen folgenden

Beschluss

Der Jugendhilfeausschuss genehmigt die Niederschrift zur 8. Sitzung am 14.01.2008, die allen

Kreistagsmitgliedern und den übrigen Mitgliedern übersandt worden ist.

TOP 4 Anfragen

TOP 4.1 Einwohnerfragestunde (§§ 18, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

TOP 4.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern (§§ 15 Abs. 2, 25 GO)

Anfragen gibt es keine.

TOP 5 Information über Angebote der Kindertagesbetreuung in der Samtgemeinde Baddeckenstedt.

Bericht: Herr Range, Samtgemeindebürgermeister.

Herr Samtgemeindebürgermeister Range stellt in einem kurzen Abriss die Struktur und die historische Entwicklung der Samtgemeinde Baddeckenstedt dar. Es ist ein Bereich mit stark ländlicher Prägung und ca. 11.000 Einwohnern. Es gibt im Unterschied zu anderen Gemeinden / Samtgemeinden keinen historisch gewachsenen Kern, die Dörfer waren schon immer relativ selbständig.

Von den 18 Orten bzw. Ortsteilen sind 7 mit einer Kindertagesstätte ausgestattet. 4 Kindertagesstätten in kommunaler Trägerschaft verfügen über "Außenstellen" in anderen Ortsteilen. Die kommunalen Kindertagesstätten sind i.d.R. von 7:30 bis 14:00 Uhr geöffnet, die kirchlichen sogar nur "klassisch" von 8:00 – 12:30 Uhr bzw. von 7:15 – 13:15 Uhr.

Wiederholte Umfragen unter der Bevölkerung ergaben bisher keinen Bedarf an Ganztagsplätzen, außer im Bereich der Krippen. 1992 gab es weniger als 200 Kindergartenplätze in der Samtgemeinde, so dass erhebliche Investitionen zu tätigen waren.

Den Höchststand von 450 Plätzen erreichte man 2002, aktuell stehen 420 Plätze zur Disposition, wovon 395 Plätze genutzt werden. Die Reduzierung erklärt sich aus der Schließung eines sehr alten Kindergartens in Westerlinde, der nahe der Autobahn nicht gut gelegen und sanierungsbedürftig war. Dieser wurde – letztlich durch zwischenzeitlich geschaffene Alternativen in der Nähe – geschlossen. Weiter gibt es in Elbe einen Schulkindergarten, in welchem schulpflichtige Kinder gefördert werden, die noch nicht schulreif sind. Hier werden unter fachpädagogischer Betreuung in kleinen Gruppen von max. 15 Kindern die noch vorhandenen Defizite aufgearbeitet, um die Schulreife herzustellen.

Eine weitere Besonderheit stellt der kostenlose Kindergartentransport in den Orten Baddeckenstedt und Burgdorf dar. Früher gab es diese Leistung auch in anderen Gemeinden, musste aber aus Kostengründen eingestellt werden. In Haverlah wird den Eltern ein Zuschuss zu den Transportkosten gezahlt.

Aktuell ist eine Diskussion über die Trägerschaft der Kindertagesstätten initiiert worden. Bislang sind die Mitgliedsgemeinden der historischen Entwicklung entsprechend jeweils selbst Träger ihrer Kitas. Aus diesen und weiteren Gründen ist die Diskussion entstanden, ob es weiterhin sinnvoll ist, die

Kindertagesstätten in der Hoheit der Mitgliedsgemeinden zu belassen. Zwar hätten diese gute Arbeit auch hinsichtlich des bereits erfolgten Ausbaues geleistet, jedoch zeichnet sich zunehmend ab, dass sowohl durch erweiterte Anforderungen seitens des Landes Niedersachsen, als auch durch höhere Ansprüche der Eltern (frühkindliche Bildung statt nur Beaufsichtigung) die Gemeinden an ihre personellen und finanziellen Grenzen stoßen.

Auch wird es zunehmend schwieriger, Vertretungspersonal zu finden. Die Samtgemeinde hat einen "Vertretungspool" eingerichtet, aus welchem das Personal flexibel eingesetzt werden kann. Dies ist aus steuerrechtlichen Gründen jedoch problematisch, da das Arbeitsverhältnis mit der jeweiligen Gemeinde eingegangen wird und bei Überschneidungen evtl. eine zweite Steuerkarte notwendig wird. Unter Einbeziehung der Vielfalt an Betreuungsangeboten, die weit über den klassischen "Halbtagsplatz" hinaus gehen, wurden bereits in einigen Mitgliedsgemeinden Beschlüsse gefasst, die Trägerschaft per 01.08.2008 an die Samtgemeinde zu übertragen.

Nach bisherigem Planungsstand soll das Personal in die Zuständigkeit der Samtgemeinde übergehen, nicht aber die Gebäude und Grundstücke. Diese sollen im Eigentum der Mitgliedsgemeinden bleiben. Im Gegenzug für die finanzielle Entlastung im Personalbereich ist nicht angedacht, irgendwelche Beträge für Pacht bzw. Instandhaltung der Gebäude an die Mitgliedsgemeinden zu zahlen.

Es wäre im Fall einer kompletten Übernahme der Trägerschaft möglich, im Rahmen der Samtgemeindeumlage den verlagerten Kosten Rechnung zu tragen. Allerdings dürfte dann die Umlage nicht nur – wie bisher - an der Steuerkraft der jeweiligen Gemeinde festgemacht werden, sondern sollte je zur Hälfte nach Steuerkraft und Einwohnerzahl bemessen werden. Für den durchaus möglichen Fall, dass nicht alle Mitgliedsgemeinden die Trägerschaft übertragen, scheidet die Finanzierung über die Samtgemeindeumlage aus, an einem Finanzausgleichsmodell wird derzeit noch gearbeitet.

Auch stellte sich wiederholt die Frage nach alternativen Trägerschaften, z.B. in Form eines Zweckverbandes, als Verein oder ähnliches. Eine solche Lösung lässt die Rechtslage nicht zu, es ist lediglich die Übertragung auf die Samtgemeinde zulässig.

Da die Mitgliedsgemeinden einen starken Bezug zu ihren Kindertagesstätten haben, stellt sich in der politischen Diskussion häufig die Frage, ob bei einem Wechsel der Trägerschaft den örtlichen Wünschen und Bedürfnissen noch ausreichend Sorge getragen werden kann. Es wird eine Möglichkeit der Einflussnahme gefordert und grundsätzlich auch von der Samtgemeinde befürwortet. Sie wäre z.B. durch die Kindergartenbeiräte in jedem Fall sichergestellt. Es bestand wohl die Befürchtung, es gäbe künftig nur noch einen Kindertagesstättenausschuss und die Beiräte würden abgeschafft. Dies ist aber weder geplant noch rechtlich möglich, denn das Kindertagesstättengesetz schreibt diese Beiräte ausdrücklich vor.

Bis zur angestrebten Übernahme per 01.08.2008 sind noch etliche rechtliche Fragen zu klären, Übernahmeverträge mit dem Personal zu schließen, zusätzliche Aufgaben für das Samtgemeindepersonal zu organisieren und vieles mehr. Dabei könnte es Probleme geben, falls Personal sich weigert, den Übernahmevertrag anzunehmen. In diesem Fall müssten Personalausleihverträge mit den Mitgliedsgemeinden geschlossen werden. Eine weitere Problematik liegt in § 18 TVÖD hinsichtlich der Leistungsprämien.

Hier müsste die Samtgemeinde bei der derzeitigen Organisation Vereinbarungen mit den (ehrenamtlichen) Bürgermeistern der Mitgliedsgemeinden abschließen und diese wiederum mit den Kindergartenleiterinnen und so fort.

Auch würden die Bürgermeister in der Pflicht stehen, diese Vereinbarungen umzusetzen und zu bewerten, was ihre Möglichkeiten – auch nach eigener Einschätzung – bei weitem übersteigt.

Es wäre unzulässig, die Ebene der ehrenamtlichen Bürgermeister zu überspringen, so dass letztlich

auch hierin ein gutes Argument für die Übertragung der Aufgabe liegt.

Herr Range erwartet durch die Übernahme der Trägerschaft auch eine Verbesserung der Qualität der Ausbildung und Arbeit, da bisher die direkte Einflussnahmemöglichkeiten der Bürgermeister eher gering war, im Rahmen der Samtgemeinde mit hauptamtlichem Personal jedoch sichergestellt ist. Spätestens seit PISA wird deutlich, dass Qualitätsanforderungen immer mehr in den Vordergrund rücken und eine gute Aus- und Fortbildung der Fachkräfte auch mit Hinblick auf die frühkindliche Bildung erfordert.

Eine weitere Problematik besteht in der Nähe der Samtgemeinde Baddeckenstedt insbesondere zur Stadt Salzgitter, welche ab 01.08.2008 ihre Kindergartenplätze für die Eltern kostenfrei anbietet. Deshalb und weil viele Bürgerinnen und Bürger im Bereich Salzgitters arbeiten, werden sie im Rahmen des Wunsch- und Wahlrechtes einen Platz in der Nähe ihres Arbeitsplatzes bevorzugen.

Die Stadt Salzgitter wird ihrerseits einen Defizitausgleich mit der Samtgemeinde abrechnen, dessen Höhe von dort nicht beeinflusst werden kann.

Der Ausschussvorsitzende dankt für den Vortrag und stellt fest, dass noch etliche organisatorische Aufgaben zu lösen sein werden. Er eröffnet die Aussprache.

KAbg. Brücher fragt an, ob es konkrete Schätzungen gäbe, wie viele "Abwanderer" in den Bereich Salzgitter erwartet werden.

Herr Range meint, das werde davon abhängen, wie viele Plätze in Salzgitter frei sind. Zur Zeit sind freie Plätze eher knapp, aber erfahrungsgemäß schafften es immer wieder Bürgerinnen und Bürger, doch einen Platz zu ergattern, wovon die Samtgemeinde oft genug erst erführe, wenn die Abrechnung eingeht. Weitere Wortmeldungen ergaben sich nicht.

TOP 6 Abschlussbericht zum Projekt Kostenreduzierung und Qualitätsverbesserung in der Abteilung 513. Vorlage: XVI-323/2008

Herr Alpert fasst in seinem Abschlussbericht den Projektverlauf nochmals zusammen und unterlegt ihn mit entsprechenden statistischen Auswertungen. Schwerpunkte des Projektes waren die sozialräumliche Gestaltung des ASD, sowie die Verbesserung der Zusammenarbeit mit Polizei, Schule und anderen Institutionen. Die Präsentation ist als *Anlage 1* dem Protokoll beigelegt.

Der Ausschussvorsitzende betont nochmals die positiven Ergebnisse und würdigt die geleistete Arbeit der Abteilung 513. Dann stellt er die Angelegenheit zur Abstimmung. Er weist darauf hin, dass der heutige Beschluss auf jeden Fall dem Kreistag zur Kenntnis gegeben werden sollte, da dieser über die Genehmigung des Projektes entschieden hatte und im Rahmen des Stellenplanes auch über den Weiterbestand der 2 Stellen zu entscheiden habe.

Frau Miede als Rektorin der Schule im Innerstetal und Herr Reichert als Lehrkraft bitten, kurz ein beabsichtigtes Projekt zur Gewaltprävention vorstellen zu dürfen. Dieser Bitte wurde ohne förmliche Erweiterung der Tagesordnung entsprochen.

Frau Miede erläuterte kurz, dass beide Referenten zugleich Lehrkräfte und Eltern seien und außerdem regelmäßig an den "Runden Tischen" mit Polizei, Samtgemeinde, usw. teilnahmen.

Herr Reichert schildert, dass sich in den über 20 Jahren seiner Lehrtätigkeit vieles geändert habe, sowohl am Klientel, als auch an Aufgaben, die früher nicht bestanden. Insbesondere in den letzten Jahren war eine erschreckende Zunahme der Gewaltbereitschaft unter den Schülern festzustellen.

Abgesehen von Sport- und anderen Vereinen bestehen wenig Freizeitangebote für Kinder und Jugendliche, so dass sie viel "herumhängen".

Zur Zeit absolviere er eine Ausbildung zum Affektkontrolltrainer. Dies sei schwer zu beschreiben. Es handele sich nicht um eine Gewaltverzichtstherapie, sondern es gehe mehr darum, seine Probleme mit eigenen Mitteln angemessen zu lösen. Die Lehre gehe davon aus, dass jeder Mensch grundsätzlich über die Mittel verfüge, seine Probleme selbst in angemessener Weise zu lösen und an sich "nur" jemanden braucht, der ihm dabei hilft.

In diesem Sinne werden vornehmlich an Schulen Projekte durchgeführt, die z.B. in der Remenhof-Schule in Braunschweig unter dem Titel "Club der starken Jungs" angeboten werden. Die Remenhofstiftung hat damit sehr gute Erfahrungen dahingehend gemacht, dass Interventionskräfte, die sonst bei ausufernden Gewalteinheiten eingreifen mussten, in dieser Form nicht mehr benötigt werden.

Da auch in Baddeckenstedt zunehmend Gewaltproblematiken bestehen, überlegt man, dort ein ähnliches Projekt zu starten.

Die Schule ist allein nicht in der Lage, die jährlichen Kosten von 6.000,- € allein aufzubringen und daher wolle man um Unterstützung bitten, zumal die Gewaltprävention alle Anwesenden angehe.

Im Rahmen einer Rückfrage wurde erwähnt, dass alternative Trainingsprogramme anderer Anbieter pro Klasse 6.000,- € kosteten, wogegen diese Maßnahme ja sehr kostengünstig sei.

Herr Reichert erläutert nochmals, dass es hier nicht darum gehe, den Jugendlichen einzureden, Gewalt sei schlecht. Man versuche eher, Aggressionen zu kanalisieren und den "Kampf mit sich selbst" in geordnete Bahnen zu lenken. Er regt weiter an, einen Jugendraum einzurichten und Freizeitangebote zu entwickeln, um einem frühzeitigen Abgleiten in Alkohol- und Drogenkonsum entgegenzuwirken.

Frau Miede ergänzt, dass ein Konzept stehe. Nach dem ersten Jahr soll eine umfangreiche Evaluation der Ergebnisse erfolgen. Diese könnten ggf. andere Schulen motivieren, sich ebenfalls mit solchen Programmen zu befassen. Sie meinte, dieses Projekt greife auch im Hinblick auf Hilfebedarf gegenüber dem Jugendamt und könne evtl. zu dortigen Einsparungen führen, so dass eine jährliche Investition von 6.000,- € durchaus lohnend sein könnte.

Herr Alpert fragt, inwieweit der "Geldgeber" Einfluss darauf habe, wer in dem Projekt betreut würde.

Darauf versichert Frau Miede, dass natürlich mit dem Jugendamt abzuklären wäre, wer "Kandidat" für dieses Programm wäre. Es mache keinen Sinn, unproblematische Kinder in diesem Projekt aufzunehmen.

Herr Reichert ergänzt, dass beispielsweise die Gruppe "Club der Starken Jungs" aus Tätern und Opfern zusammengesetzt sei, um beiden Seiten zu ermöglichen, einen angemessenen Umgang miteinander zu üben. Die Schüler werden ganz klar danach ausgesucht, wer offensichtlich Bedarf an Förderung hat.

Herr Herder wirft ein, dass könne ein Weg sein, Konflikte im Zusammenhang mit dem heranwachsen jungen Menschen zu lösen und die Bedeutung neuer "Rituale" auf diesem Weg zu entwickeln.

Frau Miede bietet an, an anderer Stelle detailliertere Informationen zu geben, da eine ausführliche Diskussion den Rahmen der Jugendhilfeausschusssitzung sprengen würde. Heute sollte lediglich eine Kurzinformation darüber erfolgen, was angedacht sei.

Der Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen und bekundet Interesse daran, dass der Jugendhilfeausschuss zu gegebener Zeit über den Verlauf dieses Projekts informiert werden sollte.

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss einstimmig nachstehenden

Beschluss:

1. Der Jugendhilfeausschuss stellt den erfolgreichen Verlauf des Projektes fest.
2. Das Projekt gilt als abgeschlossen.
3. Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dass nach Genehmigung des Stellenplanes die ursprünglich befristeten Projektstellen als unbefristete Stellen in der Abteilung besetzt werden.

**TOP 7 Ausbaustufenplan für Kindertageseinrichtungen im Landkreis
Wolfenbüttel - Bericht über den Umsetzungsstand im
Kindergartenjahr 2007/2008.**

Bezug zur Drucksache XV-769 vom 31.01.2006

**-Ausbaustufenplan für Kindertageseinrichtungen im Landkreis
Wolfenbüttel-**

Vorlage: XVI-324/2008

Frau Henning verlässt die Sitzung um 18:15 Uhr.

Herr Gottschild referiert über die aktuelle Entwicklung des Ausbaustufenplans in den verschiedenen Gemeinden / Samtgemeinden. Er stellt dar, dass in der Regel häufig keine wirklich neuen Krippen-, Hort- oder Ganztagsplätze geschaffen werden müssen, sondern auf Grund der demografischen Entwicklung "klassische" Kindergartenplätze umgewandelt werden konnten.

Auf Anregung des Ausschussvorsitzenden bestand nach der Vorstellung der Ergebnisse jeder Einheits- bzw. Samtgemeinde die Möglichkeit zur Aussprache, Wortmeldungen ergaben sich jedoch nicht. Rückblickend fragte der Ausschussvorsitzende, weshalb einige Träger die geplante Platzzahl erreicht oder sogar überschritten hätten, andere – insbesondere die SG Oderwald und die SG Baddeckenstedt – entweder gar keine oder deutlich weniger Krippen-, Hort- oder Ganztagsplätze geschaffen hätten.

Herr Gottschild führt hierzu aus, dass in diesen Samtgemeinden zeitnah durchgeführte Umfragen dazu geführt hätten, dass kein oder ein geringerer Bedarf gegenüber der Planung vorliegt und somit zum gegenwärtigen Zeitpunkt keine Notwendigkeit zum Ausbau dieser Plätze besteht. Spontan auftretende Bedarfe werden durch altersmäßige Öffnung "klassischer" Kindergartengruppen abgedeckt.

Nach Perspektiven für die nächsten Jahre gefragt, stellt Herr Gottschild eine vorläufige Prognose für die folgenden Jahre vor. Das Datenblatt ist dem Protokoll als *Anlage 2* beigefügt. Bedingt durch die prognostizierte demografische Entwicklung ist ab 2013 mit einem Überhang von Kindertagesstättenplätzen zu rechnen. Auch unter der Berücksichtigung der flexiblen Umwandlung von vorhandenen Plätzen wird dennoch mit einem Überhang zu rechnen sein.

In der Tagespflege gibt es bereits jetzt eine große Zahl von Tagespflegepersonen, die allerdings demnächst nach unten berichtigt werden muss, sobald nur noch nachweislich qualifizierte Tagespflegepersonen eine Pflegeerlaubnis haben dürfen.

Herr Herder erläutert die Aufgabe dieser Planung, die kreisangehörigen Gemeinden und Samtgemeinden im Bedarfsfall bei der Dimensionierung des Ausbaues von Kindertagesstättenplätzen beraten und unterstützen zu können.

Herr Sankowski fragt nach der Zuverlässigkeit der Variablen und Daten und damit die Treffgenauigkeit der Analyse.

Herr Gottschild führt aus, dass die zur Grunde gelegten Daten neben den offiziellen Zahlen vom Nieders. Landesamt für Statistik auch eigene, kleinräumliche Bevölkerungsprognosen beinhalten, welche ständig fortgeschrieben werden. Wanderungsgewinne sind bei der Prognose außen vor geblieben. Die Schätzungen hinsichtlich der Auslastung der Plätze sind eher leicht optimistisch vorgenommen worden, aber durchaus im realistischen Bereich.

Der Ausschussvorsitzende, KAbg. Oberländer, merkt an, dass man sich im Rahmen der TAG-Planungen bewusst von der Vorgabe des Landes verabschiedet habe, eine feste Quote an vorgehaltenen Krippenplätzen erreichen zu wollen. Er wunderte sich aber doch über die große Bandbreite der Zahlen der einzelnen Gemeinden bzw. Samtgemeinden. Bedauerlich sei, dass in den Medien der Landkreis Wolfenbüttel als "Schlusslicht" in der Erreichung der Ausbauquoten dargestellt werde, da diese Meldungen nicht berücksichtigen, dass trotzdem die Versorgung auf Grund geringerer Nachfrage sichergestellt sei.

Auch sei in diesem Zusammenhang die Tagespflege mit zu sehen, da sie einen nicht unwesentlichen Anteil an der Gesamtversorgung in der Kindertagesbetreuung hat.

Herr Herder unterstreicht, dass die Gemeinden / Samtgemeinden sehr sorgfältig bei der Planung ihrer Kindertagesstättenausbauprogramme vorgegangen seien und eben nicht nur im Hinblick auf die vorgegebene Quote "drauflos geplant", sondern anhand regionaler Bedarfsanalysen eine ständig fortgeschriebene und weitestgehend realistische Ausbauplanung durchgeführt haben.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den mündlichen Bericht über den Stand des Ausbaues der Kindertagesstätten gem. DS-Nr. XVI-324/2008 zur Kenntnis.

TOP 8 IV. Bericht zur Haushaltsumsetzung 2007 mit Stand 31.12.2007
Vorlage: XVI-312/2008

Herr Herder trägt die Ergebnisse und Tendenzen der Haushaltsumsetzung vor. Er betont, es sei erfreulich, dass Einnahmewachse sowohl im Unterhaltsvorschuss als auch in der Wirtschaftlichen Jugendhilfe festzustellen seien, was letztlich auch auf zusätzlichen Personaleinsatz zurück zu führen sei.

Er weist weiter auf die Position "Kostenerstattung" hin, weil diese nur eine einzige Familie betrifft und sehr deutlich zeigt, welche Haushaltslage durch Zuzug von Hilfebedürftigen eintreten kann.

In der vom Ausschussvorsitzenden eröffneten Aussprache ergaben sich keine Wortmeldungen.

Ohne weitere Aussprache erfolgt nachstehende

Kenntnisnahme:

Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zur Haushaltsumsetzung gem. DS-Nr. XVI-312/2008 zur Kenntnis.

TOP 9 Bericht über die Situation und den Aufgabenbereich der Hilfeart Clearing/Krisenintervention gemäß § 27 Sozialgesetzbuch VIII
Bericht Herr Frank Alpert, Abteilungsleiter

Herr Alpert erläutert die Aufgaben und Unterschiede zwischen den Hilfen "Clearing" und "Krisenintervention" und berichtet über die praktische Abwicklung solcher Hilfen. Die hierzu gezeigte Präsentation liegt dem Protokoll als *Anlage 3* bei.

Anschließend bestand die Möglichkeit der Aussprache, es ergaben sich jedoch keine Wortmeldungen. Der Ausschussvorsitzende dankt für die Erläuterung der Inhalte dieser Hilfen und deren Unterschiede.

TOP 10 Unterrichtung durch den Landrat über wichtige Angelegenheiten (§ 57 Abs. 4 NLO)

Herr Herder führt aus, dass inzwischen für das Kinderservicebüro ein Bescheid über den vorläufigen Maßnahmebeginn vorliegt, mit dem endgültigen Bescheid ist in 4 –6 Wochen zu rechnen.

Leider wurden zwei der beantragten Projekte nicht berücksichtigt. Für ein Projekt der evangelischen Familienbildungsstätte wurde abschlägige Bescheidung in Aussicht gestellt, woraufhin die ev. Familienbildungsstätte ihren Antrag zurückgezogen hat. Für das Projekt "Kindererlebnisreich" der Diakonie wurde der Antrag nicht zurückgezogen, woraufhin das Land einen Ablehnungsbescheid erlassen hat.

Die Gründe sollen in der kommenden Woche mit dem Ministerium und Herrn Sankowski telefonisch erörtert werden.

Der Ausschussvorsitzende bedauert, dass nun leider doch nicht alle Projekte, die im Jugendhilfeausschuss vorgestellt wurden, zur Ausführung kommen können.

Herr Herder weist auf die beabsichtigte Teilnahme am "Bürgerpreis 2008" hin, welcher besonders verdienten Personen von der Bundesregierung unter dem Aspekt "Kinder fördern und in die Zukunft investieren" verliehen wird. Bereits im Vorfeld habe er sich mit KAbg. Frau Siebert und KAbg. Oberländer dahin gehend verständigt, dass ein Auswahlgremium gebildet wird. Eingehende Vorschläge würden demnach über den Landrat diesem Gremium vorgelegt, welches dann die letzte Entscheidung über die weiterzumeldenden Kandidatinnen / Kandidaten trifft.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass es wichtig sei, vor allem die ehrenamtlich Tätigen zu ehren, die sich nicht ständig in den Blick der Öffentlichkeit drängen.

Herr Herder weist darauf hin, dass Eigenbewerbungen bis zum 31.05.08 eingereicht werden müssen, für das Gremium schlägt er den 30.04.08 vor, da noch eine Vorlaufzeit für die Entscheidung benötigt wird.

Abschließend berichtet Herr Herder, dass eine Anfrage aus Remlingen besteht, die nächste Jugendhilfeausschusssitzung dort abzuhalten, da sich die örtliche Jugendhilfe dem Gremium vorstellen möchte. Es erhebt sich kein Widerspruch, so dass der Ausschussvorsitzende verkündet, dass die Sitzung am 02.06.2008 in Remlingen stattfinden kann.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung um 19:15 Uhr und wünscht allen einen guten Heimweg.

Vorsitzender

Protokollführer/in